



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 8. November 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-69-0063

Weihnachtsbeleuchtung

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BUB vom 02.11.2022 -

In der Vorweihnachtszeit soll sowohl in der Fußgängerzone als auch in der Wilhelmstraße die Weihnachtsbeleuchtung nicht nur zeitlich reduziert werden, sondern darüber hinaus soll auch die Anzahl der leuchtenden Lilien, die der Innenstadt in der dunklen Jahreszeit wenigstens ein bisschen Glanz verleihen, um die Hälfte reduziert werden. Das ist weder ökonomisch sinnvoll, weil die durch diesen Beschluss eingesparten 500 Euro in keinem Verhältnis zu den Zehntausenden Euro stehen, die dem Wiesbadener Einzelhandel nun wegzubrechen drohen, noch dem Handel gegenüber gerecht: Die Einzelhändler in der Wilhelmstraße haben nämlich genau diese Leucht-Lilien, die jetzt einfach abgeschaltet werden sollen, zur Hälfte mitfinanziert. Zu allem Überfluss wurde mit dem Handel noch nicht einmal vorher gesprochen, was solch eine einschneidende Maßnahme überhaupt für ihn bedeuten würde. Insgesamt ist äußerst fraglich, ob man gerade mit dem stationären Einzelhandel, der seit Beginn der Coronapandemie vor mehr als zweieinhalb Jahren in vielen Teilen ums Überleben kämpft, politisch so umgehen muss, wie es gerade angedacht wird. Das Weihnachtsgeschäft ist für zahlreiche Betriebe und Händler der Rettungsanker in diesen wirtschaftlich sehr schweren Zeiten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob er es für angemessen hält, über die von den Einzelhändlern mitfinanzierten Leucht-Lilien zu entscheiden, ohne mit ihnen gesprochen zu haben?
2. ob er jetzt das Gespräch mit den Einzelhändlern über die Auswirkungen dieser Entscheidung suchen wird?
3. ob er das dem Vernehmen nach bestehende Angebot, dass die Einzelhändler die ca. 500 Euro Mehrkosten für eine volle Weihnachtsbeleuchtung übernehmen, annehmen wird?

Beschluss Nr. 0156

1. Die mündlichen Ausführungen von Frau Stadträtin Hinninger und Herrn Rottloff (WICM) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2022

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2022

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2022

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister